

Die Probe aufs Exempel.

ap. Zwei Jahre hat die Phrase ausgehalten. Zwei Jahre lang haben Liberale und Freisinnige aller Schattierungen mit soviel Ausdauer, Ernst und Beharrlichkeit den Kampfzug: Nieder mit dem schwarz-blauen Block! in die Welt geschmettert, daß sie es nicht nur selbst glaubten, sondern sogar in der Sozialdemokratie hier und da den Wunsch wachriefen, mit in diese Losung einzustimmen. Allerdings brachte hier die Reichsversicherungsordnung bald eine Ernüchterung. Was theoretisch schon vorausgesagt worden war: daß die Nationalliberalen bei einer Zurückdrängung der Schwarz-Blauen in die Minderheit sofort die Lücke ausfüllen würden und der neue Block der schwarz-blau-grünen Reaktion die Entrechtung der Arbeiter einfach weiterführen würde — das fand sich hier schon verwirklicht, bevor es noch nötig war. Hier zeigte sich mit aller Deutlichkeit, daß für das Proletariat mit der Zertrümmerung des schwarz-blauen Blocks nichts gewonnen wäre. Seitdem hörte man in unserer Partei diese Losung nur noch vereinzelt anstimmen; die Jeneser Stichwahlparole richtete sich gegen alle Reaktionäre, nicht bloß gegen die blau-schwarzen.

Trotzdem hatte man keine Ursache, an dem Ernst und der Aufrichtigkeit der Liberalen mit ihrer Parole gegen den schwarz-blauen Block zu zweifeln. Umgekehrt, alle politischen Gründe sprachen dafür als ein Gebot einfachster politischer Logik. Solange der schwarz-blaue Block die Mehrheit behält, bleiben die Liberalen zu der Rolle einer einflusslosen Opposition verurteilt. Nun kann die Oppositionsstellung mitunter angenehm sein; aber nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zu dem Zweck, durch Ausnutzung der Unzufriedenheit der Massen um so sicherer wieder aus der Opposition herauszukommen. Natürlich konnte die liberale Parole gegen den schwarz-blauen Block auf keinen Fall bedeuten, daß die bisherige Minderheit von Sozialdemokraten und Liberalen zu einer Mehrheit werden und als neue „Linksmehrheit“ die Regierung nach ihrem Willen zwingen würde. Sie sollte nur die bisherige Mehrheit zu einer Minderheit zusammenhauen, damit sie die Liberalen als dritte im Bunde aufnehmen müßte. So klar und einfach lagen diese Verhältnisse, daß kaum ein Mensch daran zweifeln konnte, die Liberalen und jedenfalls die Fortschrittler würden in der Stichwahl überall die Schwarz-Blauen gegen die Sozialdemokraten durchfallen lassen.

Es kam anders. Zwar erließ nach langem Zögern der Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei einen Aufruf, keine Stimme den Parteien des schwarz-blauen Blocks zu geben — allerdings ohne zugleich zu empfehlen, für die Sozialdemokraten zu stimmen. Und einfältige Leute, die Phrase und Tat nicht zu unterscheiden vermögen, glaubten damit in der Tat die Wahl von wenigstens 110 Sozialdemokraten gesichert. Zwar schrieb der Parteiführer Wiemer in den „Freisinnigen Beiträgen“: „Die Stichwahlparole der Fortschrittlichen Volkspartei hat in liberalen Wählerkreisen volles Verständnis und freudige Zustimmung gefunden . . . Das Ziel des Kampfes bleibt: die Zertrümmerung des schwarz-blauen Blocks. Gegenüber diesem entscheidenden Gesichtspunkt müssen alle anderen Erwägungen zurücktreten. Es hieße den Erfolg und zugleich die Zukunft der Partei gefährden, wenn sie mit gebrochener Schlachtordnung in den Stichwahlkampf hineinzöge . . .“ Aber die Tinte, womit diese dröhnenden und doch lendenlahmen Kraftphrasen — denn wieder fehlte das Entscheidende, überall für die Sozialdemokratie zu stimmen — niedergeschrieben wurden, war kaum trocken, als die Fortschrittlichen den Schwarz-Blauen schon ein Duzend Kreise auslieferten, wo sie ~~Reichsparteiler~~ für die Konservativen oder Reichsparteiler gegen die Sozialdemokratie stimmten. Wenn ~~man~~ trotzdem durch den Ausfall der Stichwahlen vom 22. Januar die Schwarz-Blauen in die Minderheit gedrängt wurden, so ist dieses Resultat lediglich eine Wirkung der Unzufriedenheit der Massen, nicht aber eine Wirkung der Taktik des Freisinns.

Wir haben natürlich keine Ursache, den Fortschrittlerwegen ~~was~~ irgend einen Vorwurf zu machen. Ein Stichwahlbündnis zwischen ihnen und uns bestand nicht. Unsere Interessen sind hier auch nicht verletzt worden; ein paar Mandate mehr oder weniger sind für das Proletariat Nebensache, und die Vernichtung der Macht der schwarz-blauen Parteien war nicht ein proletarisches, sondern nur ein liberales Parteiinteresse. Wie die Liberalen dieses Interesse am besten zu wahren glauben, ist ihre Sache. Unsere Sache ist es aber, festzustellen, daß diese tapfere Parole, womit die Freisinnshelden sich ein paar Jahre lang brüsteten, und womit sie sogar viele Arbeiter und Spießer beschwindelt haben, nichts als eine wertlose Phrase war, dazu bestimmt, sich an dem Tag der Probe in nichts aufzulösen. Und noch mehr ist es unsere Sache, uns die Ursachen klar zu machen, weshalb die politische Praxis so vollkommen aller politischen Vernunft und Logik widersprechen kann. Denn mit Worten wie Prinzipienverrat und Feigheit kann man höchstens dem Tatbestand einen entsprechenden Namen geben, ihn aber nicht erklären.

Zum Teil liegt die Erklärung in den Mandatsmöglichkeiten. Wie in den meisten bürgerlichen Parteien überwiegt und zerdrückt die Mandatspolitik jede weitblickende Parteipolitik. Jeder der Führer hat vor allem Angst um sein eigenes Mandat; viele Mandate sind ihnen wichtiger als viel Macht. Die Schwarz-Blauen drohten, die Fortschrittler überall wo sie nicht gehorsamst die junkerlichen Mandate retteten, gegen die Sozialdemokraten durchrasseln zu lassen, während diese andererseits von der sozialdemokratischen Hilfe sicher waren. Um einige Mandate mehr zu ergattern, gaben sie sich den Feinden gefangen, zu deren Vernichtung sie mit schmetternden Fanfaren ausgezogen waren.

Aber damit wird nur der Mandatschacher der Führer erklärt, nicht aber, weshalb die Wähler ihnen widerspruchslos folgten. Der tiefste Grund, weshalb der Freisinn die Probe aufs Exempel nicht bestanden hat, kann nicht in einigen Politikern, sondern muß im Charakter des liberalen Bürgertums selbst liegen. Nicht die Politik bestimmt diesen Charakter, sondern die Wirtschaft, die Klassenlage. Wer nur auf die politischen äußeren Erscheinungen achtet, wer nur die Parteien, ihre Programme und ihre Kämpfe um die Macht sieht, dem muß das ganze Verhalten des Liberalismus als eine unbegreifliche Geistesverirrung vorkommen. Richtet man aber den Blick auf die Klasseninteressen und ihre Gegensätze, die das tiefste instinktive Empfinden der Menschen bestimmen, so wird auf einmal klare Vernunft, was der oberflächlichen nur-politischen Betrachtung Wahnsinn erschien. Alle Wirrnisse und alle Rätsel lösen sich sofort, wenn man den politischen Kampf nur als Teil des großen Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat betrachtet. Die fortschrittlich-liberale Gegnerschaft gegen die schwarz-blaue Politik, soweit sie nicht bloß Konkurrenzneid ist, beruht auf der gewiß nicht unrichtigen Ueberzeugung, daß diese Politik die Sozialdemokratie stärkt und somit die bürgerliche Ordnung gefährdet. Nur ausnahmsweise kann daher die Gegnerschaft so stark werden, daß sie zur Unterstützung der Sozialdemokraten führt. Immer wieder wird das unmittelbare Klassenempfinden sie davor zurückscheuchen und die Furcht vor der wachsenden Macht des Proletariats sich stärker erweisen als alle politische Logik.

Herr Theodor Wolff vom „Berliner Tageblatt“ hatte daher schon ausrechnen, daß die Fortschrittler eine beherrschende Stellung in der deutschen Politik einnehmen und ihre wesentlichsten Programmpunkte durchführen können, wenn sie nur nicht davor zurückschrecken, den Sozialdemokraten bis 150 Mandate in die Hände zu spielen. Hundertundsünzig Sozialdemokraten im Reichstag! Bei diesem bloßen Gedanken überläuft jedem liberalen Phi-

listen schon eine Gänsehaut. Kann ihn denn die Aussicht auf Besitzsteuern an die Stelle von Verbrauchssteuern, auf ein gleicheres Wahlrecht und auf größere Rechte des Volkes nicht verlocken, für den Sozialdemokraten zu stimmen? Gerade umgekehrt; und daher mußte Herr Wolffs Hinweis auf all diese schönen Sachen die entgegengesetzte Wirkung ausüben. Als Politiker, der nicht über die Politik hinausblickt, weiß er nicht, daß diese Forderungen gerade deshalb im fortschrittlichen Programm stehen, damit sie nicht verwirklicht werden.

Hier haben wir den politischen Ausdruck der die Politik beherrschenden Klassenempfindungen. Wir sagten oben, Mandate gelten den Freisinnigen mehr als Macht. Wir können hier noch richtiger sagen: Mandate wollen sie haben, aber um Gottes Willen keine Macht. Der Grundsatz aller Politik, die Meinung, jede Partei erstrebe die Macht, gilt für die liberalen Bürger nicht. An dem Tage, wo sie die Macht in die Hände bekämen und ihr Programm verwirklichen müßten, würden sie es fallen lassen, denn es würde nur dem Proletariat zugute kommen. Andererseits brauchen sie aber das Programm, um ihren ganzen kleinbürgerlichen Anhang festzuhalten, der sonst rettungslos der Sozialdemokratie in die Hände fallen würde. Daher fürchten sie nichts mehr, als die Gelegenheit, ihr Programm verwirklichen zu müssen; daher fehlt ihnen der Wille zur Macht. Nur etwas Macht wollen sie, damit die Regierung ihnen etwas Rechnung tragen muß; aber nicht mehr. So wird das Spiel mit verteilten Rollen gespielt: die Reaktion, blau-schwarz mit oder ohne grün, unterdrückt die Volksmassen und treibt die Politik des Großkapitals, während der Freisinn dazu die Oppositionsmusik bläst, um die Volksmassen vom bewußten sozialdemokratischen Klassenkampf abzuhalten. Das ist die Lehre der Stichwahlen. —